

Konfrontation kann zum einen helfen, vermeintliche Kompromisse aufzubrechen und zeigen, dass eine bestimmte Politik keineswegs alternativlos ist. Dies ist für eine florierende Demokratie von höchster Bedeutung. Wenn es nichts mehr zu entscheiden gäbe, wenn die öffentlichen Angelegenheiten tatsächlich in der Alternativlosigkeit mündeten, könnte man Demokratie vollends durch Technokratie ersetzen. Demokratie lebt vom Aufzeigen und Abwägen von Alternativen, und Konfrontation kann eingefahrene Diskurse dazu zwingen, Argumente ernst zu nehmen, die bislang außen vor geblieben waren. Zum zweiten gleicht Politik, demokratische zumal, nie einem einfachen Abarbeiten von gestellten Aufgaben. Sie impliziert immer auch eine Wette auf eine unsichere Zukunft; insofern fließen auch in noch so rationale, allgemeine Erwägungen stets konkrete Hoffnungen und Ängste ein. Dies drückt sich oft in konfrontativer Politik aus, die durch vernünftiges Argumentieren nie ganz einzuholen ist. Das emanzipatorische Potenzial der de-

liberativen Vernunft ist unbestritten. Doch muss dieses Potenzial in der Politik paradoxerweise oft emotional erfasst werden, und Konfrontation – oft vor dem Hintergrund eines Gefühls von gefährdeter oder erhoffter Freiheit und Gleichheit kann ein Ausdruck dessen sein. Die großen Errungenschaften der Demokratie und der Grundrechte sind jedenfalls historisch allesamt nicht allein durch Deliberation, sondern durch Konfrontation mit etablierten Macht- und Rechtsverhältnissen errungen worden.

Demokratie braucht Elemente der konfrontativen Politik, wenn sie nicht zu selbstgewiss in sich selbst ruhen will. Denn Konfrontation kann die gewohnten Abläufe in Frage stellen und völlig neue Formen des Nachdenkens einfordern. Zugleich braucht Demokratie aber auch Formen der Konfrontation, die sich beizeiten wieder in deliberative Verfahren einbinden lassen. Auf Dauer gestellte Konfrontation dient der Demokratie ebenso wenig wie die Behauptung von bruchlosem Konsens und politischer Alternativlosigkeit.

Jasmin Siri

Internet und Demokratisierung

In den gefestigten Demokratien werden mit dem Internet zunehmend kritikwürdige Entwicklungen in Verbindung gebracht. Die Umbrüche in einigen autoritären arabischen Staaten zeigen aber gerade, dass die neuen Medien auch maßgebliche Demokratisierungseffekte haben.

Jasmin Siri

(* 1980) ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ihre Dissertation schrieb sie über den Wandel der Parteimitgliedschaft und Parteiorganisation.

jasmin.siri@soziologie.uni-muenchen.de



Killerspiele und geben sich falsche, »virtuelle« Identitäten in digitalen Netzwerken, die sie nicht kontrollieren können. Nicht nur, dass wir sowieso schon unter dem medialen Paradigma des »Politainment« leben müssen, nun kommen auch noch aus allerlei Löchern Menschen, die, ohne qua Abschluss Teil der »guten Gesellschaft« zu sein, im Internet ihre Meinung publizieren. Einfach so. Ohne, dass eine Redaktion sie angefragt hätte und ohne dass

Steht es nicht wieder einmal schlimm um die Gesellschaft? Junge Menschen spielen

sie durch Diplom oder Dokortitel den nötigen sozialen Status vorweisen könnten, der ihre Eignung zur Mitgestaltung der öffentlichen Meinung symbolisieren würde. Der Qualitätsjournalismus werde durch Blogs und Kurznachrichten ohne Qualitätskontrolle abgelöst, so die kulturkritischen Töne in den Feuilletons.

Warum das Abendland schon wieder nicht untergeht

Kritiken am Internet formulieren im Subtext, dass dieses Medium schlechter sei als andere. Die Qualität von Internetkommunikation sei geringer als jene der Printmedien. Echte Demokratie gebe es sowieso nur unter Anwesenden – auf der Agora –, nicht in einem *Thread*. Das Internet promoviere eine virtuelle Realität, die nichts mit der »echten« Welt zu tun habe.

Es braucht vielleicht die konkrete Erfahrung großer basisdemokratischer Plena oder des Wahlkampfstands vor dem Kaufhaus, um zu wissen, dass auch und gerade diese »echte« Politik unter Anwesenden, vorsichtig ausgedrückt, oft des Glanzes der idealisierten Agora entbehrt. Gerade deshalb sind für die theoretische Verklärung dieser politischen Gegenwart meist auch Menschen verantwortlich, die am Wahlkampfstand und im Plenum keine Zeit verbringen.

Es gibt drei Gründe, sich nicht an einem kulturkritischen Lamento über das Internet zu beteiligen. *Erstens* basiert dieses auf falschen medientheoretischen Annahmen. *Zweitens* nehmen sich die Lamentierenden selbst zu wichtig. Und *drittens* sind sie ethnozentrisch auf ihre eigene Lebenswelt fixiert und interessieren sich nicht oder zu wenig für Vorgänge außerhalb europäischer Demokratien.

Kritiken am Internet formulieren meist eine Verfallsdiagnose der Öffentlichkeit. Oft wird dabei der Begriff der »Krise« bemüht. Jürgen Habermas hat bereits 1973 in einer Arbeit über die »Legitimationspro-

bleme des Spätkapitalismus« darauf hingewiesen, dass der Krisenbegriff sich zur Beschreibung einer modernen Gesellschaft eigentlich nicht mehr eigne. Die moderne Gesellschaft kenne keine Systemkrisen mehr, so Habermas. Sie kennt vor allem auch keine Normalität mehr, von der aus das Anormale und Krisenhafte beschrieben werden kann. Dass sich die Kulturkritik auf *Facebook*, *twitter* und *Youtube* stürzt, sagt weniger über die »Krise« der Medien aus als über den sozialen und medialen Wandel, der in Deutschland traditionell kulturkritisch begleitet wird.

Medientheorie jenseits der Verfallsdiagnosen

Das Internet, um dieses prominente Werturteil der Kulturkritik wieder aufzunehmen, sei virtuell und nicht real, weniger »echt« als Beiträge in Zeitungen oder im Fernsehen (welches eben diese Form der Kulturkritik auch erlebt hat). Diese Position ist wissenschaftlich Humbug, denn Öffentlichkeit ist *immer* vermittelt, reagiert ja gerade darauf, dass sich die Menschen nicht mehr »im Auge haben«, um mit Adorno zu sprechen. Arnold Gehlen hat die Presse einst als ein Medium der Öffentlichkeit beschrieben. Das Volk in der Demokratie solle zur Willensbildung befähigt werden und die Medien sollten eben dies garantieren.

Medien sind also nie unmittelbar, sondern *immer* mittelbar. »Unmittelbare Medien« gibt es nicht, sie wären ein Paradoxon, da Medien das Problem lösen, dass wir, weil wir viele sind, gerade *nicht* alles auf dem Marktplatz diskutieren können. Das Wunderbare an Zeitungen und Magazinen ist, dass sie nicht prompt nach Lieferung gelesen werden müssen, sondern auf dem Küchentisch gestapelt oder in der Tasche umher getragen werden können. Wie alle Verbreitungsmedien, die seit der Erfindung der Druckerpresse ent-

standen sind, macht auch das Internet es möglich, Nachrichten aufzuheben und anonym abrufbar zu halten. Anders als die Zeitung, das Fernsehen und Magazine sind jedoch die Kosten für die Verbreitung der Nachricht geringer. Jeder (in der westlichen Welt) kann sich einen Blog und eine Internetseite »leisten«. Genau dies beklagt so mancher deutsche Kulturkritiker: Der Qualitätsjournalismus würde durch die Blogger und ihre kostenlosen Berichte gefährdet. Dies ist freilich eine luxuriöse Position, die alleine aus der kuscheligen Sicherheit der europäischen Demokratien mit durchgesetzter Pressefreiheit formuliert werden kann. In vielen Ländern der Welt stellt sich vielmehr das Problem der *digital divide*, der Exklusion Vieler vom neuen Medium. Blickt man also auf die Rolle, die soziale Netzwerke wie *facebook* und der Internetdienst *twitter* bei den Revolutionen in Iran, Ägypten, Tunesien und Syrien gespielt haben, wird deutlich, dass das Medium Internet auch anders betrachtet werden kann als durch die deutsche kulturkritische Brille.

Facebook, twitter und Youtube: Revolutionsmaschinen?

Das neutrale Medium Internet ist tendenziell freiheitlich eingerichtet. Der Zugriff auf das Internet ermöglicht Widerstandsbewegungen in Diktaturen, *erstens*, sich zu organisieren und auf das Leiden der Bevölkerung, welches durch die staatlich gesteuerten Medien nicht gezeigt wird, aufmerksam zu machen.

Es macht *zweitens* auch sichtbar, wie andernorts berichtet wird. Das Interesse deutscher Medien an den arabischen Revolutionen war und ist peinlich gering: *Al Jazeera*, *BBC* und *CNN* halfen durch englische *livestreams* denen aus, die sich informieren wollten. In allen drei Kanälen kommen regelmäßig Blogger zu Wort, *Tweets* und Mails werden verlesen, *Youtube*-Videos

gezeigt. Freilich stellt dies eine Schmälerung der Beiträge ausgebildeter Journalisten dar, deren Vormachtstellung in der Weltdeutung ebenso demokratisiert wird wie der Zugang zu den Quellen. *Drittens* – und dies ist eine wunderbare neue Entwicklung – ermöglicht das Internet jenen, die in Freiheit leben, nicht nur ihre Solidarität für die Betroffenen selbst sichtbar zum Ausdruck zu bringen, sondern auch zu helfen, indem beispielsweise die Abschaltung des Internet durch das Einrichten von *Dial-up*-Verbindungen (Wählleitung zu einer Gegenstelle, *d. Red.*) überbrückt und der Zugriff auf *Skype* durch Hacker gesichert wird. Mittels *Denial-of-Service*-Attacken (absichtlich herbeigeführte Serverüberlastungen, *d. Red.*) und eigens programmierter Protestsoftware können Regierungsserver angegriffen werden. Zehntausende technisch versierte Internetnutzer und Hacker organisieren sich in Kollektiven wie *Anonymous*, um solche Internet-Hilfsaktionen zu gestalten.

Perspektivendifferenzen: Wir und die Anderen

Dass Pressefreiheit und Demokratie »hier« durchgesetzt sind, erkennen wir daran, dass vor allem die Legitimationsdefizite des Mediums Internet diskutiert werden. Wir diskutieren, ob das subjektive Recht auf Privatsphäre hinreichend geschützt ist und beklagen, dass es Reputationsmanager gibt, die das Internet nach peinlichen Bildern durchforsten, bevor wir uns um einen neuen Job oder ein Amt bewerben. »Dort«, in Tunesien, Iran, Ägypten, Marokko, Syrien oder Jemen sind *Facebook* und *twitter* genutzt worden, um Demonstrationen zu organisieren, bei denen die Demonstrierenden Leib und Leben ihrer selbst und – da Diktaturen gerne mit Sippenhaft arbeiten – ihrer Familien riskieren. Dass hierzulande Vergleiche zwischen Tunis, Teheran und Stuttgart 21 gezogen wurden, ist ein Trep-

penwitz, der nicht nur die Ahnungslosigkeit der Kommentatoren illustriert, sondern auch zeigt, dass diese nicht in der Lage sind, das Leben der Anderen ohne Freiheitsrechte zu imaginieren. Nur dann lässt sich ein Wasserwerfer in Stuttgart mit der staatlichen Gewalt in Teheran oder Tunis vergleichen.

Was ist uns die Freiheit der Anderen wert?

Das Besondere am Internet ist, dass an der Freiheit der Anderen durch Netzwerke wie *Anonymous* mitgearbeitet werden kann. Und auch wenn Medien an und für sich neutral sind: Das quantitative Mehr an Kommunikationsmöglichkeiten scheint positiv auf Demokratisierungsbewegungen zu wirken, während Diktaturen sich schwerer tun, sie zu unterbinden.

Wieso geht es in so vielen Artikeln und Stellungnahmen ausgewiesener Demokraten darum, die negativen Effekte des Inter-

nets zu betonen? Es ist nicht mehr *en vogue*, über den Klassenstandpunkt von Menschen zu schreiben, die eine Meinung verbreiten. Aber interessant ist es doch schon, dass gerade linke und liberale Intellektuelle die negativen Effekte der digitalen Kommunikation beklagen. Für Freiheit und Mitsprache scheinen sie vor allem dann zu sein, wenn die Forderung aus ihrem Mund und ihrer Feder ergeht.

Adorno sagte einmal, dass Öffentlichkeit das Prinzip der Demokratie, Geheimhaltung hingegen das Prinzip der Aristokratie sei. Das Internet ermöglicht den Demokratinnen und Demokraten in Diktaturen, sich weltöffentlich zu äußern. Symbolische Akte wie das Färben zigtausender Facebook-Profile in der Farbe »grün« als Protest gegen das iranische Regime lassen die Menschen dort zumindest spüren, dass sie nicht vergessen sind. Wäre es nicht schön, wenn westliche Intellektuelle sich der Unterstützung der Öffentlichkeit widmen würden, statt kulturkritisch den Verfall der Geheimhaltung zu beklagen?